

Reimann will Einbürgerungen begrenzen – der Bundesrat nicht

Aktualisiert am 03.09.2009

Der St. Galler SVP-Nationalrat befürchtet bald 100'000 Einbürgerungen jährlich und will einschreiten. Der Bundesrat erklärt, warum das nicht nötig ist.



Sieht die kulturelle Identität der Schweiz infrage gestellt: Lukas Reimann.

Bild: Keystone

Artikel zum Thema

**Ein Musterbrief gegen Einbürgerungen
– von der SVP**

**Einbürgerungen in Rheineck: Das letzte
Wort hat der Kanton**

**Nationalrat sagt Scheinehen den Kampf
an**

**Erschwerte Umstände bei erleichterten
Einbürgerungen**

Nach Ansicht von Lukas Reimann sollten pro Jahr künftig nicht mehr Personen eingebürgert werden als im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre. Überzählige Anträge sollten auf eine Warteliste kommen. Mit einer Motion will Reimann den Bundesrat beauftragen, die erforderlichen Gesetzesänderungen vorzuschlagen.

Eine Plafonierung sei dringend notwendig, «um einer weiteren Zunahme von Masseneinbürgerungen entgegenzuwirken», schreibt Reimann. In den letzten zehn Jahren seien im Mittel 37'280 Personen eingebürgert worden. Ohne Stabilisierung steuere die

Schweiz auf jährlich 100'000 Einbürgerungen zu, was ihre kulturelle Identität in Frage stelle.

Massiver Eingriff mit hohen Kosten

Weder bei den erleichterten noch bei den ordentlichen Einbürgerungen sei in den nächsten Jahren mit einer weiteren Zunahme zu rechnen, hält der Bundesrat fest. Im Bereich der ordentlichen Einbürgerung wäre die vorgeschlagene Plafonierung ein massiver Eingriff in die Kompetenzen von Kantonen und Gemeinden.

Die Festlegung der jährlichen Obergrenze mit der notwendigen Verteilung von Kontingenten auf Kantone und Gemeinden würde laut Bundesrat zudem zu einem grossen administrativen Aufwand führen. Bund und Kantone müssten insbesondere Listen mit den pendenten Fällen führen und zurückgestellte Gesuche später erneut prüfen.

In Europa ein Novum

Der Bundesrat zieht es deshalb vor, die Kantone weiterhin zu einer sorgfältigen Abklärung der Einbürgerungsvoraussetzungen anzuhalten. Dabei müsse speziell der Integrationsleistung der Betroffenen Rechnung getragen werden. Im Übrigen gibt der Bundesrat dem Motionär zu bedenken, dass noch kein europäischer Staat eine Plafonierung eingeführt habe. (cpm/sda)

Erstellt: 03.09.2009, 15:31 Uhr

© Tamedia AG 2009 Alle Rechte vorbehalten